

Bereitet den 50. Jahrestag des Roten Oktober mit neuen Freundschaftstaten vor!

Appell an alle Hochschulangehörigen, Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Vor 50 Jahren, im Roten Oktober 1917, begann mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Errichtung der Sowjetmacht durch die ruhmreichen russischen Arbeiter und ihre Klassenverbände die sozialistische Epoche in der Geschichte der Menschheit.

Unsere Zeit, in der wir leben, unsere gesellschaftliche Entwicklung und unser aller Leben besitzen täglich die welthistorische Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution als die Weltwende, als Beginn der eigentlichen, wahrhaft menschlichen Gesellschaft, des Sozialismus und Kommunismus.

In Anbetracht des Vorbereitungsausschusses unserer Republik zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der am 22. Januar an alle Bürger der DDR erging, wird die Feststellung getroffen, daß in der historisch kurzen Frist von einem halben Jahrhundert seit dem welthistorischen Sieg im Oktober 1917 "die Welt von Grund auf verändert" wurde. Waren es vor 50 Jahren außerhalb der Sowjetunion nur die klassenbewußten Arbeiter und einige tausend fortschrittliche Menschen, die erkannten, "daß das russische Vorbild allen Ländern etwas Wesentliches aus ihrer Geschichte weichen und nicht fernem Zukunft zeigt" (Lenin), so sind es heute, da der Sozialismus sich in ein Welt-system verwandelt hat und immer mehr zum bestimmenden Faktor unserer Zeit wird, allein in unserer Republik Millionen Werktätiger, die ihre Kraft bewußt für die edle Arbeit der Menschheit, für Demokratie, Frieden und Sozialismus einsetzen.

Das Vorbereitungsausschuss der DDR verweist in seinem Aufruf auf die Tatsache, daß die Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterklasse besonders tiefen Eindruck ausübte. Zu den Deutschen, die für ein gutes, friedliches Verhältnis mit der Sowjetunion eintreten, gehören auch die besten Kräfte der deutschen Intelligenz, Wissenschaftler, Techniker und Künstler. Sie erhoben ihre Stimme gegen die verbrecherischen Interventionskriege der Imperialisten gegen Sowjetrußland, gegen 1921 Hilfsaktionen für die notleidende Bevölkerung in dem ausgeplünderten und verwüsteten Land von Lenin, vereinigten sich 1924 in der ersten deutschen nichtproletarischen Organisation für deutsch-sowjetische Freundschaft, der "Gesellschaft der

Freunde des neuen Rußland" und kämpften in der Zeit der faschistischen Barbarei in einer Front mit der Sowjetunion und den deutschen Antifaschisten für das neue, demokratische Deutschland.

Wenn wir heute feststellen, daß die sozialistische Deutsche Demokratische Republik das gesamtgesellschaftliche und folgerichtige Ergebnis des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes gegen Imperialismus und Militarismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus ist, dann schließt sich vor den Anreiz der fortschrittlichen deutschen Intelligenz am Werden der sozialistischen deutschen Nation an.

In unserer Republik stehen die Vorbereitungen der Werktätigen auf den 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Zeichen des Ringens um die russische Befreiung der objektiven Aufgaben, die der umfassende Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution stellt. Zu Ehren des VII. Parteitages der SED entwickeln die Bürger der DDR in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens neue Gedanken und Initiativen vor allem zur raschen Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in die Praxis. Je mehr somit die Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft wird, die Ergebnisse der Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Wissenschaften schnell produktionswirksam werden, um so mehr erhöhen sich die Anforderungen und die Verantwortung des Wissenschaftlers.

Die Forderungen der Gesellschaft an die Wissenschaften bedingen nicht nur die kollektive Forschungsarbeit, sondern auch die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis, zwischen Forschung und Produktion. Von entscheidender Bedeutung aber für die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution in unserer Republik ist die internationale sozialistische Arbeitsteilung und Kooperation. Dafür gab es in der fast 50-jährigen Geschichte der DDR noch nie so günstige Bedingungen wie in der gegenwärtigen Etappe der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die mit dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom Juni 1964 eingeleitet wurde.

Nicht nur die ökonomischen und

besonders die außereuropäischen Beziehungen haben eine neue Qualität erreicht. Seit dem ersten Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen uns und beiden Ländern haben sich die Beziehungen auf diesem Gebiet ebenfalls erfolgreich entwickelt. Das zeigt sich nicht allein in der Tatsache des wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches. Entscheidend ist, daß mehr als 100 Forschungsanstalten der DDR ständig ihre Forschungsergebnisse mit den sowjetischen Partnern austauschen. Zwischen 44 Instituten beider Länder bestehen detaillierte Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und Informationsaustausch.

Die beiderseitige Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe auf wissenschaftlich-technischem Gebiet versetzt wiederum unsere Werktätigen in die Lage, ihre Aufgaben für die Industrie und damit vor allem für den Export besser und rascher zu erfüllen. Es ist bekannt, daß ein hoher Anteil unseres Nationalvermögens über den Export realisiert wird. Rund 85 Prozent davon werden mit der UdSSR, unserem wichtigsten Außenhandelspartner, verwirklicht. Die DDR ist mit der UdSSR durch das größte langfristige Handelsabkommen in der Geschichte der traditionell-reichen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen mit einem Warenvolumen von rund 100 Milliarden Valuta-Mark verknüpft gebunden.

Von diesen verpflichtenden Tatsachen und Perspektiven ausgehend und eingedenk der Lehren, die die Geschichte des deutsch-sowjetischen Verhältnisses aus Vergangenheit und Gegenwart vermittelt, ruft die Leitung der Grundorganisation der DSP an die Technischen Hochschulen, seien zupiel alle Mitglieder und Freunde unserer Gesellschaft:

An die Wissenschaftler in den Instituten appellieren wir, im Sinne der „Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ die Absoluten unserer TH noch besser, noch gründlicher und qualifizierter auf die sozialistische Praxis vorzubereiten.

- die Forschungsergebnisse rascher für die Industrie nutzbar zu machen,

- zu überprüfen, wie die sowjetischen Erfahrungen durch alle Bil-

derbeiter besser genutzt und schneller für die Praxis wirksam gemacht werden können,

- zur Stärkung unserer Organisation durch Werbung neuer Mitglieder beizutragen,

An die Studenten appellieren wir, nicht nach dem Entlassenen der Sowjetunion, der sowjetischen Jugend vor allem zu eigen. Mocht es wie die besten unter Kommilitonen und werdet zu Mitstreitern im Kampf um hohe Studienleistungen!

Ihr seid Studenten der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik. Die Erfüllung eures Studienauftrages in allen Teilen ist euer wichtigster Beitrag zur Stärkung unserer Republik und zur weiteren Festigung unserer beiderseitigen Freundschaftsbündnisse mit der Sowjetunion. Wenn dieses Studienjahr zu Ende geht, ziehen wir die rechte Bilanz. Deshalb fordern wir euch auf, am 25. Jahrestag der Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, am 25. Juni 1967, zu betreten, wie ihr in euren FDJ-Gruppen vorangekommen seid:

- in der Erfüllung der Aufgaben eures Studienfaches,

- in der Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten in der russischen Sprache zur besseren Nutzung der Schätze der sowjetischen Wissenschaft und Kultur,

- im politisch-ideologischen Mühenstreit und in der Aneignung von fundierten Kenntnissen des Marxismus-Leninismus.

Die 2. Etappe dieses edlen Wettstreits zu Ehren des Großen Oktobers endet in der Jubiläumswche Anfang November 1967, in der auf einer Festveranstaltung unserer Hochschule die aktiven Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die hervorragende Ergebnisse im Wettbewerb erzielt haben, geehrt werden.

Wir wünschen allen Wissenschaftlern, Studenten, Arbeitern und Angestellten der Technischen Hochschulen für die Erfüllung der zu Ehren des VII. Parteitages und des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution übernommenen Verpflichtungen, die in einem umfangreichen Plan des Akademischen Senats zusammengefaßt sind, einen vollen Erfolg!

Vorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Wissenschaftler der Technischen Hochschule zur Regierungserklärung der Sowjetunion

Prof. Dr.-Ing. Peter-Klaus Budig

Voller Besorgnis über westdeutsche Entwicklung

Hinter uns liegen 20 Jahre schwerer und erfolgreicher Aufarbeitung an unserer neuen Gesellschaftsordnung. Die erreichten Erfolge konnten wir auf Grund unserer klaren und konsequenten Haltung gegenüber der Vergangenheit erringen, und sie sind Ausdruck der Geschlossenheit aller Menschen unserer Republik.

Unsere Aufarbeitung und die Schaffung unseres sozialistischen Staates beruhen auf den Potsdamer Beschlüssen. Voller Besorgnis jedoch sehen wir eine Entwicklung in Westdeutschland, die viele Symptome zeigt, die sich mit den Potsdamer Beschlüssen keinesfalls vereinbaren lassen, die deutlich machen, daß der aggressive Kurs verstärkt fortgesetzt wird.

Die mahnenden Worte der Regierung der UdSSR, gerichtet an alle Völker der Welt, sind zum heutigen Zeitpunkt notwendig, da sich in immer stärkerem Maße

erweist, daß in Westdeutschland mit der ungeliebten Vergangenheit nicht Schluß gemacht wurde, und der ungerechtfertigte Alleinvertragsanspruch sowie nicht zuletzt auch die Gebietsforderungen an andere Länder des sozialistischen Lagers eine Ignoranz der Potsdamer Beschlüsse darstellen.

Es heißt daher, dem weiteren Fortgang der Entwicklung in Westdeutschland größte Aufmerksamkeit zu widmen und allen unseren Einfluss geltend zu machen, der erforderlich ist, um auch in Westdeutschland eine friedliche, demokratische und humanistische Entwicklung zu erzielen. Wir tun das am besten durch, daß wir alle unsere Kräfte anspannen und unsere Anstrengungen zur allseitigen Stärkung unserer Deutschen Demokratischen Republik weiter erhöhen.

Genosse Dr. phil. Hans Lohse

Alle Kräfte gegen den Neonazismus mobilisieren

In ihrer außerordentlich bedeutsamen Erklärung legt die Sowjetregierung ihren Standpunkt zur jüngsten Entwicklung in Westdeutschland dar; sie informiert alle demokratischen und friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt. Gerade die Republikanten des ersten sozialistischen Staates haben das Recht und die Pflicht, hergeleitet aus der Last, den Opfern und dem Anteil, die die Völker der Sowjetunion im Kampf um die Zerschlagung des deutschen faschistischen Imperialismus zu tragen hatten, die Menschheit zu alarmieren.

Mit dieser Erklärung verfolgt die Sowjetregierung letztlich das Ziel, alle potentiellen Kräfte gegen die neonazistische Entwicklung in Westdeutschland zu mobilisieren und so einen wichtigen Beitrag für die Erhaltung des Friedens in Europa zu leisten.

Uns Bürgern der DDR muß angesichts der aufgezählten Entwicklung noch klarer werden, daß uns mit diesem Staat der Monopole und des Militarismus nichts verbindet und daß wir, jeder an seinem Platz, alles in unseren Kräften Stühende zu tun haben, die DDR, unseren Staat, konsequent, politisch sowie militärisch zu stärken.

Die historischen und politischen Erfahrungen lehren, daß gegenüber dem deutschen Imperialismus Halbmheiten nichts taugen. Deshalb muß energisch und kraftvoll gehandelt werden. Für die Angehörigen unserer TH wurden der zu beschreitende Weg sowie die erforderlichen Maßnahmen, die zur Stärkung unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung führen, auf der Hochschulkonferenz erneut aufgezeigt. Wir dienen uns selbst am besten, wenn Beitrag für die Erhaltung des Friedens in Europa zu leisten, diese Erkenntnisse jetzt zielstrebig verwirklichen.

Freund oder Feind?

Von Alfred Leonhardt,
Unterleutnant zur See d. Res.,
stellvertretender Leiter des
Reservistenkollektivs

Mit dem Kiesinger-Strand-Kabinett steigerte sich die Bonner revisionistische Aggressionspolitik auf eine Stufe, deren Gefährlichkeit von immer mehr Völkern der Erde erkannt und verurteilt wird. Klar und unmissverständlich wird vor allem in der „Erklärung der Regierung der UdSSR“ vom 29. Januar den Völkern und Regierungen aller Länder die akute Gefahr aufgezeigt, die mit der Aktivierung der neonazistischen Kräfte in der Bundesrepublik entstanden ist. Immer offensichtlicher wird auch die Tatsache, daß die westdeutschen Imperialisten nicht nur als NATO-Partner nach Atomwaffen streben, sondern bereits an der Schaffung der materiell-technischen Basis für eine eigene Atom- und Raketenindustrie arbeiten. Es ist auch nicht nur die geschichtliche Duplizität des Namens „Festbesprechung“, was den aggressiven Charakter des im Januar durchgeführten Manövers der westdeutschen Bundeswehr im baltischen Hingelland sichtbar machte. Die „Ostexperten“ der westdeutschen Armee legten offenbar die Erfahrungen mit dem „russischen Winter“ zugrunde, als sie die meteorologischen Manöverbedingungen bestimmten. Frost, Innoeschheit gefrorener Boden und sonstige tiefwinterliche Attribute.

Diese hier nur an wenigen charakteristischen Beispielen dargestellte gefährliche politische und militärische Entwicklung in Westdeutschland, die jetzt mehr als je zuvor die Welt beschäftigt, macht es uns Bürgern der DDR zur historischen Pflicht und zwingenden Klassenaufgabe, unsere Stellung zum Bonner Staat eindeutig zu bestimmen.

Gemeinsamkeiten?

Die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung erfordern den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Den reaktionären Kräften besonders des deutschen und amerikanischen Imperialismus ist es anzuschreiben, daß dieser objektive notwendige Prozeß noch nicht in ganz Deutschland vollzogen werden konnte.

Die herrschenden Kräfte des imperialistischen Westdeutschland unternehmen alle Anstrengungen, um der zukunftsstrahlenden sozialistischen Entwicklung in der DDR zu schaden und ihr anachronistisches Gesellschaftssystem auf unser Territorium auszuweiten. Begleitet sind diese Bestrebungen von dem demagogischen Gefasel von „gesamtdeutschen Gemeinsamkeiten“ auf allen Gebieten und von solchen Unverschämtheiten wie „Sorge um die Brüder und Schwestern in der Zone“.

Die nunmehr fast zwanzigjährige Geschichte der Existenz zweier deutscher Staaten beweist, daß der neue, die Bundesrepublik, obwohl mit äußeren günstigen Ausgangsbedingungen und zahlungssträftigen USA-Produktionen gesegnet, einen Weg innerer Widersprüche ging und gegenwärtig im Zeichen verstärkter Krisenerscheinungen steht, daß der andere deutsche Staat, die sozialistische Deutsche Demokratische Republik, trotz schwieriger Starts und permanenter westdeutscher Stürzflucht eine stabile Entwicklung nahm und ein immer repräsentativeres Ansehen erhielt. Dieser erfolgreiche Verlauf unserer Entwicklung erlagte aber nicht durch die „gesamtdeutschen Gemeinsamkeiten“, sondern trotz aller hemmenden Einflüsse der sich auf solche „Gemeinsamkeiten“ berufenden Kreise in Bonn.

Das ist die historische Wahrheit im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander. Es ist deshalb Ausdruck des wachsenden sozialistischen Staatsbewußtseins der Bürger unserer Republik, wenn sie mit immer größerer Klarheit zu dem Schluß kommen: Zwischen Herrschaft des Volkes und Herrschaft der Monopole, zwischen Sozialismus und Kapitalismus kann es keine Vereinigung geben!

sindern trotz aller hemmenden Einflüsse der sich auf solche „Gemeinsamkeiten“ berufenden Kreise in Bonn.

Das ist die historische Wahrheit im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander. Es ist deshalb Ausdruck des wachsenden sozialistischen Staatsbewußtseins der Bürger unserer Republik, wenn sie mit immer größerer Klarheit zu dem Schluß kommen: Zwischen Herrschaft des Volkes und Herrschaft der Monopole, zwischen Sozialismus und Kapitalismus kann es keine Vereinigung geben!

Stoßbürger und Konsequenz

Das Wissen um die objektive Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Entwicklung unserer Republik stellt sich bei den Bürgern der DDR in zunehmendem Maße mit der Erkenntnis ihres erfolgreichen Aufstiegs und in diesem Prozeß entwickelt sich immer mehr ihr sozialistisches Staatsbewußtsein. Dieses erkennen sie durch die verstärkte antimperialistische Aggressionspolitik der Bonner Kiesinger-Strand-Regierung, auch immer deutlicher, daß jedes fatalistische und illusionäre Warten auf ein wiedervereinigtes Deutschland nutzlos ist, weil es keine Vereinigung zwischen der sozialistischen DDR und dem monopolkapitalistischen System in Westdeutschland geben kann und wird.

Den Bürgern unserer Republik wird zugleich auch die Tatsache bewußt: Wenn wir unseren Staat nicht ständig stärken, handeln wir in Richtung der gesellschaftlichen Entwürfnisse, im Sinne der ständig besonnen Befriedigung unserer Lebensbedürfnisse. Allseitige Stärkung der DDR

schließt sämtliche Bereiche unserer gesellschaftlichen Lebens ein: das Ringen im Bereich der materiellen Produktion um hohe Produktivität und niedrige Kosten, das Streben der Hochschulangehörigen nach hohen fachlichen und politischen Ergebnissen in Lehre und Forschung — jeder an seinem Platz.

Im Maße der Identifizierung mit unserem Staat nehmen wir auch die notwendigen Konsequenzen wahr, die zu seiner Erhaltung und Festigung von uns erwartet werden.

Schutz vor Feinden!

Natürlich ist der Schutz unseres Staates eine ebenso logische Konsequenz wie seine Stärkung. Diese Frage berührt viele Hochschulangehörige insofern unmittelbar, da sie im Rahmen der militärischen Ausbildung aktiv in das Aufgabenfeld unserer beauftragten Organe einbezogen werden. Ein großer Teil von ihnen gehört zur Reserve der Nationalen Volksarmee, hat eine aktive Dienstbahn hinter Reserveübungen vor sich. Der GSt-Kressorganisation der Hochschule wendet sich an alle nicht durch die NVA erfaßten Studenten, an der vorläufigen Ausbildung teilzunehmen.

Für alle schließt das sozialistische Staatsbewußtsein eine Konsequenz ein, die eine weitgehende persönliche Entscheidung erfordert, im Falle einer Aggression gegen die DDR die aktiven Feinde unseres sozialistischen Vaterlandes mit der Waffe zu bekämpfen. Diese Entscheidung ist durch die Überzeugung erleichtert, der gerechten Sache zu dienen.

Doch nicht nur der hier getragene Kreis von Hochschulangehörigen ist aufgerufen, einen bestimmten Beitrag zum Schutz unserer Republik

zu leisten. Das sozialistische Vaterland zu schützen, das ist eine Aufgabe, die jeden unserer Bürger angeht.

Wer unsere Deutsche Demokratische Republik angreift, greift die unmittelbaren Lebensinteressen eines jeden ihrer Bürger an. Wer im Auftrag der durch die Kiesinger-Strand-Regierung vertretenen imperialistischen Kreise der Bundesrepublik an einer aggressiven Handlung gegen unseren sozialistischen Staat teilnimmt, ist unser Feind. Diese Konsequenz klar auszusprechen, ist auch im Interesse der friedliebenden demokratischen Kräfte in Westdeutschland, mit denen wir uns eng verbunden fühlen, unerlässlich.

Eine der Grundhaltungen des deutschen Imperialismus besteht nach wie vor darin, das Kräfteverhältnis in der Welt falsch einzuschätzen. Daher versteht er auch nur die Sprache harter Tatsachen, und jegliche Spekulation, der Imperialismus werde angesichts der unübersehbaren katastrophalen Folgen eines atomaren Krieges Vernunft walten lassen, ist äußerst gefährlich. Das bedeutet: Wir müssen den in Westdeutschland herrschenden imperialistischen Kräften unmissverständlich zeigen, daß jetzt vor uns die DDR als seinen Staat und ihre Feinde als seine Feinde betrachtet.

Allerdings genügen hier gewonnenen Überzeugungen allein nicht, sondern sie müssen in aktives Handeln umgesetzt werden. Die dem militärischen Schutz unseres sozialistischen Vaterlandes dienen. Wir sprechen daher besonders alle Studenten an, die sich gegenwärtig in der Ausbildung befinden und fordern sie auf, die ihnen gestellten Aufgaben verbindlich und mit höchstem Engagement zu erfüllen!